

**FrankfurterRundschau**  
Druck- und Verlagshaus  
Frankfurt am Main GmbH

Vorsitzender des Herausgebers:  
Konstantin Neven DuMont

Chefredakteur:  
Joachim Frank, Rouven Schellenberger  
Mitglied der Chefredaktion: Stephan Hebel

Politik und Wirtschaft: Arnd Festerling (Leitung)  
Monika Kappus (Politik)  
Bernd Salzmann (Wirtschaft)  
Sport: Thomas Vögele  
Feuilleton: Christian Thomas  
Magazin/Panorama: Martin Scholz  
Wissen und Bildung: Karl-Heinz Karisch  
Frankfurt: Dr. Matthias Arning  
Rhein-Main: Stefan Kuhn  
Multimedia: Michael Bayer (Tablet),  
Markus Wanderl (fr-online.de)  
(jeweils verantwortlich)

Leitende Redakteure  
Regine Herrmann, Wolfgang Wagner (Deskchefs),  
Ursula Rüssmann, Brigitte Spitz,  
Joachim Wille (Politik),  
Astrid Hölcher (Meinung),  
Katharina Sperber (Magazin),  
Christoph Albrecht-Heider (Reportage),  
Lutz Fischer, Claus-Jürgen Göpfert (Frankfurt),  
Pitt von Bebenburg (Landespolitik Hessen),  
Werner Neumann (Ausbildung)

DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH  
Brigitte Fehrl (Chefredakteurin),  
Robert von Heusinger  
(Stellvertreter Chefredakteur),  
Christian Bommaris, Karl Doemens,  
Holger Schmale, Arno Widmann

Gestaltung und Produktion:  
FR-Publishing GmbH, Geschäftsführung: Annette  
Tiedge, Hans-Dieter Klein, Joachim Löw  
ArtDirection: Annette Tiedge,  
Bild: Torsten Deutzmann

Redaktion und Verlag:  
Postanschrift: 60266 Frankfurt am Main,  
Hausadresse:  
Karl-Gerold-Platz 1, 60594 Frankfurt am Main,  
Telefon 069/2199-1  
(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die im  
Impressum genannten Verantwortlichen und Ver-  
tretungsberechtigten),  
internet: www.fr-online.de

Geschäftsführer: Karlheinz Kroke

Anzeigen: Karsten Hundhausen (verantwortl.)  
Marketing: Ralf Walther

Vertrieb: Ralf Prokasy  
Logistik: Jan Ochs  
Sämtlich: Frankfurt am Main

Anzeigenpreise laut Liste Nr. 68 und 68a vom  
1. Januar 2010

Er erscheint täglich außer sonn- und feiertags.  
Monatsbezugspreis Inland: Trägerzustellung  
in Hessen 33,25 Euro; Trägerzustellung übriges  
Bundesgebiet und Postbezug 34,45 Euro;  
ermäßigter Bezugspreis für Studierende,  
Wehrpflichtige, Zivildienstleistende und  
Auszubildende 19,75 Euro (Nachweis  
erforderlich);  
alle Preise inkl. 7 % Umsatzsteuer.

Monatsbezugspreis Ausland: auf Anfrage.  
Telefax Anzeigen: 069/3110030;  
Telefax Vertrieb: 069/2199-3264.

Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages  
oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.  
Für unverlangte Einsendungen übernehmen  
wir keine Verantwortung. Eine Verwertung  
der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller  
in ihr enthaltenen Beiträge sowie Abbildungen,  
insbesondere durch Vervielfältigung  
und/oder Verbreitung, ohne vorherige schriftliche  
Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar.  
Insbesondere ist die Einspeicherung  
und/oder Verarbeitung der auch in elektronischer  
Form vertriebenen Zeitung in Datenbanksystemen  
ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Druckzentrum Neu-Isenburg,  
Rathenaustraße 29, 63263 Neu-Isenburg,  
Gerichtsstand: Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (USPS 011-355) is publis-  
hed daily by Druck- und Verlagshaus Frankfurt  
am Main GmbH, 60266 Frankfurt am Main.  
Periodicals postage paid at Champlain N.Y. and  
additional mailings offices. Address changes  
should be sent to IMS of N.Y., 100 Walnut St., #3,  
P.O. Box 1518, Champlain, N.Y. 12919-1518.  
For details call: IMS at 1 (800) 428-3003.

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

## GASTBEITRAG Kollektive Schizophrenie

Viele schauen fasziniert nach Stuttgart. Wer hätte gedacht, dass die Schwaben solche Energie und Ausdauer zeigen würden? Die Gründe, warum so ein breites Spektrum zu Zehntausenden auf die Straße geht, wurden andernorts schon analysiert. Auch warum eine Anti-Atom-Bewegung wieder erstarkt, die jünger, bürgerlicher, bunter, aber nicht minder politisch ist als die der 1970er und 80er Jahre.

Ich aber frage mich, wie es möglich ist, dass Menschen verdammt früh aufstehen, Hunderte von Kilometern fahren, um das Regierungsviertel mit zu umzingeln – und gleichzeitig bringt es nur ein Bruchteil fertig, ein simples Formular auszufüllen, mit dem man den Stromanbieter wechseln kann. Um ein für alle Mal sicherzustellen, dass kein eigener Cent mehr in die verhasste Atomenergie fließt. Die große Chance, den Einfluss als Kunde zu nutzen, wird nur von einer Minderheit genutzt, verschwindend klein, gemessen an der Zahl jener, die Atomenergie grundsätzlich ablehnen.

Es herrscht eine kollektive Schizophrenie. Was man als politisch denkender Mensch ablehnt, ist offenkundig akzeptabel, wenn man als Verbraucher handelt. Gewerkschafter wettern gegen schlechte Arbeitsbedingungen bei Discountern, um kurz darauf die gute Qualität des ach so billigen Weins bei Aldi & Co. zu loben. Wir empören uns über skandalöse Kinderarbeit im Kakaoanbau und haben alles vergessen, wenn wir Schokolade kaufen. Aktivisten gegen eine neue Flughafenlandebahn brechen mal eben – noch vor Ende der Nacht – weil die Billigflieger darauf keine Rücksicht nehmen – zum Kurzurlaub gen Süden auf. Es gibt so viele Beispiele. Doch wir stehen hilflos vor diesem Phänomen.

Zentral scheint mir daher die Frage, wie es gelingen kann, die einsam getroffene Konsumententscheidung zum kollektiven Erlebnis der Vielen zu machen. Die Stuttgarter, der Stuttgarter kommen ja deshalb in den Schlossgarten, weil er und sie sich fest darauf verlassen kann, Teil eines großen, einflussreichen Ganzen zu sein – ein Erlebnis, das richtig gute Gefühle macht. Dieses

Viele, die gegen politische Missstände aktiv werden, bleiben als Kunden passiv. Das Konsumverhalten zu ändern, ist offenbar eine der schwersten Übungen.

Von Heike Leitschuh



Glücksgefühl dürfte beim Kauf fairer Schokolade oder dem Stromwechsel kaum aufscheinen. Trotzdem gäbe es Möglichkeiten, sichtbar zu machen, dass unsere scheinbar unbedeutende Einzelaktion Wirkung in der Masse zeigt. Zum Beispiel könnte man sich auf dem Frankfurter Römer ein „Barometer“ vorstellen, das anzeigt, wie weit es Stadt und Bürger schon damit gebracht haben, Klimagase zu reduzieren, und wie viele Haushalte Ökostrom beziehen. Medien und Internet könnten helfen, den jeweils aktuellen Stand zu verbreiten.

Das eigene Verhalten zu ändern, ist eine der schwersten Übungen. Doch offenkundig fehlt es auch an Einsicht, dass der eigene Lebensstil gravierende Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem des Landes und in der Welt hat. Die Debatte über die Energiepolitik ist derzeit ganz und gar technizentriert. Aber auch 100 Prozent Erneuerbare werden uns nicht retten, möglicherweise sogar neue Probleme einbringen (Landschaftsverbrauch), wenn nicht parallel zum Technologiewechsel auch der Kon-

sumwechsel stattfindet, wenn wir viel weniger und effizienter verbrauchen.

Wir wissen, dass wir schon bald ganz vieles anders machen müssen. Aber solange es geht, zögern wir es hinaus. Und wundern uns, dass die Konzerne ebenso handeln. Bis zum letzten Tropfen Öl... Wir sind damit Teil des Problems, Teil eines Systems, das überwunden werden muss.

1880 gab Paul Lafargue in seiner Schrift „Recht auf Faulheit“ den Arbeitern eine Mitschuld an ihrer Unterdrückung im Kapitalismus, weil sie die Arbeit als Mittel zum Konsum uneingeschränkt ins Zentrum ihres Lebens stellten. Noch heute ist es nicht opportun, Kritik an einer Lebensweise zu üben, die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen mit befördert. Wir sehen uns gern als Opfer falscher Politik und übermächtiger Konzerne. Wir sind jedoch auch Täter, weil wir falsche Politik zulassen und Konzerne nicht in ihre Schranken verweisen – nicht zuletzt, weil wir den immer neuen Verlockungen des Konsums erliegen.

Die Stuttgarter kämpfen gegen einen Tiefbahnhof, der Fahrzeiten leicht verkürzen soll. Öffentlich sind die Bahnfahrer unter ihnen bereit, auch andernorts längere Zeiten zu akzeptieren. Die Politik der Bahn, die schnelle Fernstrecken über Service im Regionalverkehr stellt, ist auch marktgetrieben. Vergessen wir bitte nicht, dass unser Mobilitätsverhalten ein durch und durch ungeduldiges geworden ist.

Wir haben große Möglichkeiten: mit einer Revolution des Lebensstils. Wohl fehlt uns noch die Fantasie, wie das neue Leben aussehen könnte. Es gibt sie aber, die Blicke in eine attraktive Zukunft, in der wir als vorrangig soziale statt konsumierende Wesen „gut leben statt viel haben“, etwa in der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“. Die Zeit scheint noch nicht reif, dass diese Denkanstöße und Utopien breiter zur Kenntnis genommen werden. Sie wird kommen (müssen).

Heike Leitschuh ist Buch-Autorin, unter anderem Mitherausgeberin des Jahrbuchs Ökologie, und Beraterin für Nachhaltigkeit.

## KOLUMNE

# Update des Wilden Westens

MARCIA PALLY



Das Amerika des Do-it-yourself will keinen starken Staat. Deshalb können die Republikaner bei der Wahl punkten.

kleinen Leute dabei zu unterstützen, auch etwas von den Wohltagen des Kapitalismus abzubekommen. Aber sie sind die absolute Minderheit in Amerika. Selbst Roosevelt war während der Depression mit umfassenden Protesten gegen genau die Regierungsprogramme konfrontiert, die das Land aus dem ökonomischen Chaos befreiten. Obama hat nun mit dem gleichen Problem zu kämpfen wie seinerzeit Roosevelt.

Der Film „The Social Network“ schließlich beschreibt die Anfänge Facebooks. Im Film ist der Facebook-Gründer ein cleverer, angriffslustiger Harvard-Student im Grundstudium, der den reichen Jungs eine halbfertige Idee klaut und diese mit einer Überdosis Chuzpe und harter Arbeit zu einer heute 25 Milliarden Dollar schweren Webseite entwickelt. Die Regierung ist dabei entweder indifferent und korrupt (in Harvard) oder unbedeutend und bürokratisch (vor Gericht). Der raketenhafte Aufstieg des Jungen ist der Do-it-yourself-Gebe, im Do-it-yourself-Amerika ist ein starker Staat immer die schlechteste Option.

Die Ratte ist ein acht Meter großes Aufblasmodell, das eine New Yorker Gewerkschaft vor bestreikten Gebäuden aufstellt, um Arbeitgeber aufzuregen. Rattenleute sind auch für den kleinen Mann, aber sie glauben, dass die Regierung die Großunternehmen kontrollieren sollte, um die

kleinen Leute dabei zu unterstützen, auch etwas von den Wohltagen des Kapitalismus abzubekommen. Aber sie sind die absolute Minderheit in Amerika. Selbst Roosevelt war während der Depression mit umfassenden Protesten gegen genau die Regierungsprogramme konfrontiert, die das Land aus dem ökonomischen Chaos befreiten. Obama hat nun mit dem gleichen Problem zu kämpfen wie seinerzeit Roosevelt.

Der Film „The Social Network“ schließlich beschreibt die Anfänge Facebooks. Im Film ist der Facebook-Gründer ein cleverer, angriffslustiger Harvard-Student im Grundstudium, der den reichen Jungs eine halbfertige Idee klaut und diese mit einer Überdosis Chuzpe und harter Arbeit zu einer heute 25 Milliarden Dollar schweren Webseite entwickelt. Die Regierung ist dabei entweder indifferent und korrupt (in Harvard) oder unbedeutend und bürokratisch (vor Gericht). Der raketenhafte Aufstieg des Jungen ist der Do-it-yourself-Gebe, im Do-it-yourself-Amerika ist ein starker Staat immer die schlechteste Option.

Die Ratte ist ein acht Meter großes Aufblasmodell, das eine New Yorker Gewerkschaft vor bestreikten Gebäuden aufstellt, um Arbeitgeber aufzuregen. Rattenleute sind auch für den kleinen Mann, aber sie glauben, dass die Regierung die Großunternehmen kontrollieren sollte, um die

Marcia Pally ist Literaturwissenschaftlerin in New York.

Übersetzung: Nicole Lindenberg

## KOMMENTARE

# Integration verweigert

Von Ursula Rüssmann

Fördern und fordern“ hat sich die Bundesregierung bei der Integrationspolitik ins Aufgabenheft geschrieben, und das Leitprinzip ist an sich völlig angemessen. Nur müsste es auch in beiden Teilen umgesetzt werden, um das Zusammenleben von Zuwanderern und Einheimischen voranzubringen. Doch daran hapert es immer mehr. Fördern wird kleingeschrieben, fordern und abwehren hat Hochkonjunktur: Sarrazins rechtspopulistisches Machwerk „Deutschland schafft sich ab“ ist dabei, zum Inspirationsquell Nummer 1 schwarz-gelber Politik zu werden.

Der Eindruck dränge sich schon auf, als CSU-Chef Seehofer für einen Stopp von Zuwanderung aus fremden „Kulturkreisen“ blies und die Kanzlerin selbst meinte, das Scheitern von Multikulti gleich mehrfach proklamieren zu müssen. Nimmt man die aktuellen Kabinettsbeschlüsse, wird er zur Gewissheit: Sie sind, einmal abgesehen von der härteren Gangart gegen Zwangsehen, ausgrenzende Symbolpolitik.

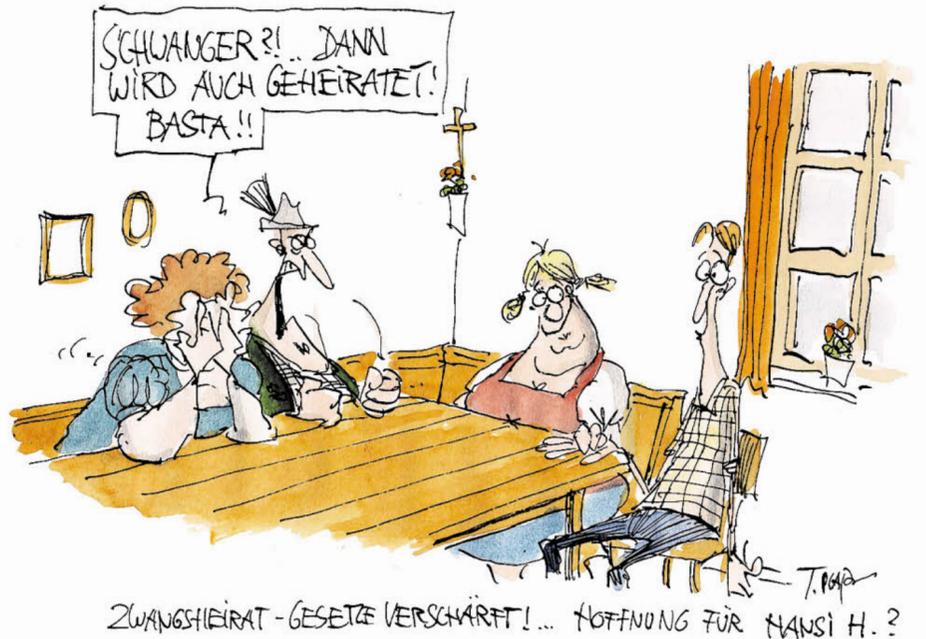
Vor allem die angeknüdigten Sanktionen gegen Integrationskurs-Schwänzer bringen nichts Neues, sie sind schon jetzt möglich. Der verordnete verstärkte Datenaustausch zwischen den beteiligten Behörden kostet viel, nutzt aber wenig, denn das eigentliche Problem bei den Integrationskursen sind gar nicht die Drückeberger. Es sind vielmehr die Tausenden Zuwanderer, die liebend gern Deutsch lernen würden, um sich eine Existenz aufzubauen, aber monatelang auf einen Platz warten müssen, weil die Kurse völlig überlaufen sind. Diesen Bedarf unbeantwortet zu lassen, ist die eigentliche Integrationsverweigerung – die von oben, sozusagen.

# Die Tücke beim Riestern

Von Jutta Maier

Einen Riester-Vertrag abzuschließen, ohne die Zulagen zu beantragen, ist wie Autofahren mit angezogener Handbremse – das sagen Experten zu diesem traumhaften Zustand hat sie den ersten, leichtesten Teil der Strecke zurückgelegt. Es bleiben gewaltige soziale Probleme. Der Niedriglohnsektor grassiert, die Langzeitarbeitslosigkeit drückt die Menschen in die Armut. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet voran.

Gerade weil dies so ist, ist es so wichtig, das Erreichte zu würdigen, statt es wie üblich kleinzureden. Die glorreiche Zwei vor dem Komma kann Anlass sein, selbstbewusst den Perspektivwechsel einzuleiten. In dem neuen Zeitalter mit einem nicht glänzenden, aber guten Arbeitsmarkt verschieben sich die Prioritäten. Mehr denn je kommt es auch, aber nicht allein darauf an, Beschäftigung zu schaffen. Eine Gesellschaft mit dieser starken Basis kann es sich leisten, die Ausgeschlossenen und Abgehängten mitzunehmen. Sie kann mit Mindestlöhnen und einem gezielten Ausgleich durch einen kraftvollen Sozialstaat dafür sorgen, dass sich der Wohlstand gerechter verteilt. Das ist angesichts des demografischen Wandels auch ein ökonomischer Imperativ. Die Politik hat die Chance, den alten Satz endlich wieder mit Leben zu füllen: In diesem Land wird jeder gebraucht.



## LEITARTIKEL

# Fremde Federn

MARKUS SIEVERS



Die glorreiche Zwei vor dem Komma der Arbeitslosenzahl ist kein Verdienst von Schwarz-Gelb. Und sie sollte vor allem eine Verpflichtung sein, endlich die Abgehängten mitzunehmen.

Eine solche Gelegenheit lässt sich eine Ursula von der Leyen (CDU) nicht entgehen. Einen Tag vor der Verkündung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) präsentiert die Arbeitsministerin höchstpersönlich die glorreiche Zahl. Erstmals steht bei der Arbeitslosenzahl in Deutschland wieder eine Zwei vor dem Komma. Im düstersten Moment, Anfang 2005, waren es mehr als fünf Millionen.

Das scheint Ewigkeiten her. Dazwischen liegt der schärfste konjunkturelle Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Dies unterstreicht die Leistungskraft und Vitalität des Standort D, der sich auf beeindruckende Art und Weise vom europäischen Ausland und mittlerweile auch von den USA abhebt. Zum zweiten Mal in der Nachkriegszeit vollbringt Deutschland ein Wirtschaftswunder.

Mit ihrem Auftritt, garniert durch das gewohnte Lächeln in die Kameras hinein, reklamiert von der Leyen diesen Durchbruch für sich und die schwarz-gelbe Koalition. Im Streit über die Deutung des gewaltigen Erfolgs gehört es zu den wenigen sicheren Erkenntnissen, dass sich hier eine Politikerin mit fremden Federn schmückt. Diese Regierung kann nichts für die Beschäftigungsgewinne. Am Arbeitsmarkt hat sie so gut wie nichts bewegt. Ihre wichtigsten Reformen, die Umorganisation der Jobcenter und die Neuberechnung der Hartz-IV-Sätze, hat das Bundesverfassungsgericht erzwungen. Als größte arbeitsmarktpolitische Leistung muss die Entscheidung gelten, das verbesserte Kurzarbeitergeld zu verlängern und so die Erfolgsgeschichte der großen Koalition fortzuschreiben.

Auch am konjunkturellen Aufschwung ist Schwarz-Gelb schuldlos. Die entscheidenden Anstöße kamen durch den Boom der Exporte ins europäische Ausland sowie nach China, Brasilien und anderen Schwell-

Vollzeitarbeitsplätze als in der Zeit vor Hartz IV, wie Untersuchungen des BA-eigenen Forschungsinstituts IAB belegen. Geholfen hat auch die gewaltige Lohnzurückhaltung, die den Export auf immer neue Höhen trieb. Doch all das hätte nichts genutzt, wäre die hiesige Wirtschaft nicht so stark gewachsen. All den Abgesängen zum Trotz feiert die Industrie dank ihrer Innovationskraft Triumphe auf den Weltmärkten. Die wirtschaftlichen Grundstrukturen waren schon immer viel gesünder, als die meisten glauben mochten.

Mit knapp drei Millionen Arbeitslosen ist die Bundesrepublik von Vollbeschäftigung weit entfernt. Auf dem Weg zurück zu diesem traumhaften Zustand hat sie den ersten, leichtesten Teil der Strecke zurückgelegt. Es bleiben gewaltige soziale Probleme. Der Niedriglohnsektor grassiert, die Langzeitarbeitslosigkeit drückt die Menschen in die Armut. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet voran.

Gerade weil dies so ist, ist es so wichtig, das Erreichte zu würdigen, statt es wie üblich kleinzureden. Die glorreiche Zwei vor dem Komma kann Anlass sein, selbstbewusst den Perspektivwechsel einzuleiten. In dem neuen Zeitalter mit einem nicht glänzenden, aber guten Arbeitsmarkt verschieben sich die Prioritäten. Mehr denn je kommt es auch, aber nicht allein darauf an, Beschäftigung zu schaffen. Eine Gesellschaft mit dieser starken Basis kann es sich leisten, die Ausgeschlossenen und Abgehängten mitzunehmen. Sie kann mit Mindestlöhnen und einem gezielten Ausgleich durch einen kraftvollen Sozialstaat dafür sorgen, dass sich der Wohlstand gerechter verteilt. Das ist angesichts des demografischen Wandels auch ein ökonomischer Imperativ. Die Politik hat die Chance, den alten Satz endlich wieder mit Leben zu füllen: In diesem Land wird jeder gebraucht.